

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/101

28. Mai 1971

CDU in Führungskrise

---

Unmut in den eigenen Reihen

Von Wolfgang Jansen  
Sprecher der sozialdemokratischen Bundes-  
tagsfraktion

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Partnerschaft Sport und Staat

---

Sportförderung von allen Parteien mitgetragen

Von Friedel Schirmer SPD-MdB  
Stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses  
für Sport und Olympische Spiele

Seite 3 und 4 / 53 Zeilen

Gesundheitsvorsorge durch Gesundheitszentren

---

Eine zeitgemäße Notwendigkeit

Seite 5 und 6 / 73 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Hauptallee 2-10  
Postfach: 9153  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37-38  
Telex: 888 646/888 647  
888 648 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

CDU in Führungskrise  
-----

Unmut in den eigenen Reihen

Von Wolfgang Jansen

Sprecher der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Beachtenswert an der Urabstimmung der CDU-Mitglieder im Rhein-Sieg-Kreis, der weitere folgen sollen, ist nicht das Ergebnis; beachtenswert ist vielmehr, daß diese Abstimmung das Ergebnis der tiefen Führungskrise ist, in der sich die CDU befindet. Diese Führungskrise wird sie nur beheben können, wenn sie

1. unverzüglich eine Entscheidung ihres Parteivorsitzenden über seine Absichten herbeiführt - notfalls müssen Dr. Barzel und Dr. Schröder ihn gemeinsam dazu veranlassen, und
2. noch vor der Sommerpause erneut ihren sogenannten "kleinen Parteitag" zusammenruft, um in der Führungsfrage einen Beschlußvorschlag für den Saarbrücker Parteitag, der sich aus technischen Gründen wohl nicht mehr vorverlegen lassen wird, verabschiedet, um auf diese Weise den Klärungsprozeß wenigstens einzuleiten.

Vielleicht erscheint es manchem verwunderlich, diese Aufforderung an dieser Stelle und aus dieser Feder zu lesen. Aber bei einer so tiefgehenden Krise kann man nicht gleichgültig bleiben, und außerdem nützt Kritik ohne Alternative wenig, wie gerade die CDU immer wieder zeigt. Die Mitgliederabstimmung ist alarmierend weit über die Reihen der CDU hinaus.

Dabei ist es nicht Überraschend, daß sich eine Mehrheit für Dr. Schröder entscheidet; Überraschend ist vielmehr, daß sie ein Gespann Schröder/Barzel wünscht, eine Lösung, auf die nur deshalb bisher kein Bonner Beobachter gekommen ist, weil sie nicht realisierbar ist. Dr. Barzel möchte nicht nur Parteivorsitzender, sondern auch Kanzlerkandidat werden und Dr.

Schröder wünscht sich als Parteivorsitzenden nicht Dr. Barzel, sondern Dr. Kohl. Obwohl wir wegen anhaltenden Schweigens nur wenige politische Zeugnisse von Dr. Schröder aus jüngster Zeit besitzen, die noch dazu ausschließlich außenpolitischer Natur sind, ist doch leicht erweisbar, daß die Meinungen der beiden in mehr als nur Nuancen auseinandergehen. Äußerte sich Dr. Schröder mehr und auch zu innenpolitischen Themen, würde dies vermutlich noch deutlicher werden. Eine Lösung à la Rhein-Sieg-Kreis würde also die Führungskrise der Union nicht lösen, sondern verewigen.

Dieses Beispiel zeigt, daß Urabstimmungen unter Parteimitgliedern als Entscheidungsmittel oder Entscheidungshilfe fragwürdig sind. Den Mitgliedern wird dabei nämlich ein Informationsstand abverlangt, den sie normalerweise gar nicht haben können. Vermutlich ist die schlechte Beteiligung an der Abstimmung - etwa zwei Drittel der Stimmberechtigten beteiligten sich nicht - ein Beweis dafür, daß die CDU-Mitglieder dies bewußt oder unbewußt selbst gespürt haben.

Dennoch ist diese Abstimmung ein Signal, ein Aufbegehren der Mitgliedschaft dagegen, daß die CDU-Führung das neben der Finanzsituation einzige Problem, das sie zur Zeit tatsächlich zu lösen hat, vor sich herschiebt. Es zeigt sich wieder einmal, was schon in der Regierungszeit Kiesingers deutlich wurde, daß das Ausklammern jedenfalls dann kein brauchbares Mittel der Politik ist, wenn die Probleme tatsächlich lösbar sind oder wenn es nur aus Bequemlichkeit geschieht.

Schuld an dieser Situation trägt in erster Linie der Parteivorsitzende Kiesinger, der ständig mit seinem eigenen Rücktritt kokettiert, sich aber nicht entscheiden kann. Schuld tragen aber auch seine Stellvertreter und vor allem die beiden Kandidaten, die sich selbst gemeldet haben und die offenbar nicht wagen, ihn zu einer Entscheidung zu drängen. Jeder taktiert still vor sich hin in der Hoffnung, daß die Zeit für ihn oder doch jedenfalls gegen den jeweils anderen arbeite. In Wahrheit aber arbeitet die Zeit gegen die Partei selbst, eine Partei, die ein wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie ist. Darum sollte der gegenwärtige Schwebezustand alsbald in der eingangs dargestellten Weise beendet werden.

(-/ae/28.5.1971/bgy)

+ + +

Partnerschaft Sport und Staat  
-----

Sportförderung von allen Parteien mitgetragen

Von Friedel Schirmer SPD-MdB

Stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses  
für Sport und Olympische Spiele

Der Sport ist - besonders seit die SPD Regierungsverantwortung trägt - ein bedeutungsvoller Teil unserer Gesellschaft geworden. Finanz- und gesellschaftspolitisch befindet sich der bundesdeutsche Sport zweifellos in einer Position, die nie zuvor besser und gesicherter war.

Vom gesamten Parlament mitgetragen wurde die "Deutsche Sportkonferenz" konstituiert, nachdem die SPD mit ihrer Konzeption des "Deutschen Sportrates" und Sportpräsident Willi Daume mit seinem Vorschlag für einen "runden Tisch des Sports" die Weichen für dieses gemeinsame Forum gestellt haben, in der die verantwortungstragenden Partner der Sportförderung in Bund, Ländern und Gemeinden im Zusammenwirken mit der Selbstverwaltung des Sports ihren gleichberechtigten Platz haben. Seit sich die "Deutsche Sportkonferenz" und ihre Ausschüsse konstituierten, wurde mit der Arbeit begonnen, die in Zielprojektionen und Sportförderungs-Vereinbarungen ihre Ergebnisse finden muß.

Die SPD/FDP-Bundesregierung hat auch der Sportförderung einen angemessenen Platz in der mittelfristigen Finanzplanung gegeben. So weiß der Deutsche Sportbund mit seinen Verbänden zum erstenmal, welche Konzeptionen der Sportförderung die Bundesregierung verfolgt und finanziell abgesichert hat. Den mehrfachen klaren und inhaltsreichen Ausführungen von Bundeskanzler Willy Brandt zum "Sport in unserer Gesellschaft" folgten praktische Maßnahmen.

Es ist unverstänlich, wenn einzelne bundesdeutsche Sport-

führer ein Jahr vor den Olympischen Spielen 1972 über fehlende Konzepte und einen angeblich an den Rand der "Unfreiheit" geratenen Sport klagen. Der dringend erforderlichen - und inzwischen eingeleiteten - Ablösung des antiquierten Prinzips der Subsidiarität zugunsten einer finanz- und sachbezogenen Partnerschaft der Selbstverwaltung des Sports und der öffentlichen Sportverwaltung dürfte kein fortschrittlicher Mitarbeiter der Sportverbände nachtrauern.

Über fehlende und praxisnahe Konzeptionen für den Sport gab es in der SPD bisher keinen Grund zur Besorgnis. Die "Leitsätze zur Förderung von Leibeserziehung und Sport" aus dem Jahre 1964 oder "Sport und Staat 70", die Ergebnisse dieser Leitlinien moderner Sportförderung sind dort zu finden, wo die SPD in Bund, Ländern und Gemeinden Verantwortung trägt.

Wer heute den bei uns nie existent gewesenem oder ernstlich erwogenen Staatssport oder staatlichen Dirigismus als Argument zu benutzen versucht, dem ist es bisher offenbar nicht gelungen, ein komplexloses Verhältnis zum Sport in unserer Gesellschaft zu gewinnen.

Erfreulich ist, daß bei den Beratungen über die Grundsätze der Sportförderung im Bundestagsausschuß für Sport und Olympische Spiele auch mit der Opposition Übereinstimmung erzielt worden ist.

Die SPD steht zum vereinbarten Grundsatz der Partnerschaft zwischen Sport und Staat wie er auch in der Charta des deutschen Sports zu finden ist und bei der Konstituierung der "Deutschen Sportkonferenz" von Bundeskanzler Willy Brandt und Innenminister Hans-Dietrich Genscher betont wurde. (-/wr/28.5.1971/bgy)

+ - +

## Gesundheitsvorsorge durch Gesundheitszentren

---

### Eine zeitgemäße Notwendigkeit

Die Bundesregierung hat durch eine Umfrage ermittelt, die jetzt veröffentlicht wurde, daß die Bundesbürger eine Verbesserung der Gesundheitsvorsorge wünschen. Die Regierung hatte schon vor der Umfrage im "Gesundheitsbericht" Ermittlungen, Erkenntnisse und Ziellinien für eine moderne Gesundheitspolitik vorgelegt, die jeden angehen. Die Gesundheitsvorsorge gilt besonders für die noch Gesunden, d.h. jene, die sich noch gesund fühlen. Nach der Umfrage sind 31 vH. der Bundesbürger bereit, für eine bessere Gesundheitsvorsorge höhere Steuern zu zahlen.

"Die vorbeugende Gesundheitspflege hat nicht allein für den Einzelnen und seine Familie, sondern für die gesamte Gesellschaft eine neue Bedeutung bekommen; sie ist zu einer bedeutsamen politischen Aufgabe geworden." So steht es im Bonner Gesundheitsbericht. Die "Deutsche Gesellschaft für Gesundheitsvorsorge e.V." (Sitz Leverkusen), 1968 gegründet, hat 1970 die daraus erwachsenden Aufgaben programmiert und mit der Verwirklichung einer populären Gesundheitsvorsorge schon begonnen. Gesundheitsvorsorge praktisch durchführen, "vor allem den Gesunden gesund zu erhalten und den 'Kränkelnden unserer Zeit' zur Gesundheit zurückzuführen", so werden die Aufgaben der Gesundheitszentren definiert. Gesundheitszentren sollen nach der Vorstellung der Träger der Gesellschaft zunächst in allen Großstädten errichtet werden. In schönen Gegenden angelegt, sollen hier jene praktischen Maßnahmen durchgeführt werden, die den Menschen helfen, seine Kräfte zu reaktivieren. Körperliches Training, Wasseranwendung, richtige Ernährung und ausreichende Entspannung werden wichtige Rehabilitationsmittel in den Gesundheitszentren sein.

Die Deutsche Gesellschaft für Gesundheitsvorsorge meint, wenn Autos regelmäßig zur Inspektion in die Werkstatt kommen, wieviel wichtiger ist es, unseren Körper einer regelmäßigen Betriebskontrolle zu unterziehen. Die Idee der Gesundheitsvorsorge geht davon aus, daß jeder in die Lage versetzt wird, seine Gesundheit zu erhalten. Der Gesundheitsbericht der Bundesregierung verdeutlicht es: "...Die Gesundheitsvorsorge... ist in erster Linie abhängig von der persönlichen Lebensführung, einem gesundheitlich vernünftigen Lebensstil jedes einzelnen... Die Gesundheitsvorsorge stellt sich ab auf die Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen."

12 Professoren - alles Mediziner - sind im wissenschaftlichen Beirat der 'Deutschen Gesellschaft für Gesundheitsvorsorge'. Im Vorstand ist Prof. Dr. med. W. Holmann, Leiter des

Instituts für Kreislaufforschung und Sportmedizin an der Deutschen Sporthochschule in Köln. Seine Forschungsarbeiten umfassen u.a. das Thema: "Der ältere Mensch und der Sport". Eine aktive Werberin für die rechtzeitige Gesundheitsvorsorge im Alltag ist die Leverkusener Ärztin, Dr. Gisela Eberlein, die ebenfalls Vorstandsmitglied der Gesellschaft ist. Jeden Sonnabend vormittag veranstaltet sie für Leute, die vorsorglich für ihren Körper etwas tun wollen, in Altenberg Terrainkuren. Das sind Wanderungen je nach Leistungsfähigkeit in unterschiedlichem Tempo - bergauf und bergab. Die Gymnastiklehrerinnen prüfen Puls und Blutdruck der Wanderer und tragen die Werte in Tabellen ein. Zum Programm der Gesellschaft gehört auch das autogene Training, womit Schlaf- und Verdauungsstörungen beseitigt werden können. Entspannungsschwimmen als Wassergymnastik; Ganz- und Teilbäder; Duschbäder; Sauna- und Kneippenwendungen. Richtig aufgebaute Ernährung ergänzen die vorbeugenden Gesundheitsmaßnahmen.

Diese Gesundheitsvorsorge soll in Zukunft in Gesundheitszentren für Jedermann an seinem Wohnort möglich sein. Die Leitsätze der Gesellschaft besagen: "Das Aufgabengebiet in einem Gesundheitszentrum ist so groß und vielfgestaltig, daß vielleicht in 20 bis 30 Jahren die Existenz eines solchen Zentrums in jedem Ort genau so selbstverständlich ist wie heute ein Krankenhaus. Das erfordert ein Umdenken, eine Umersichtung". Über Zukunftsentwicklungen auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge heißt es im Gesundheitsbericht der Bundesregierung: "In fast allen modernen Industriestaaten, auch in östlichen Ländern, gibt es umfangreiche Untersuchungen für eine Vorausschau medizinischer Entwicklungen. In der Bundesrepublik Deutschland fehlt eine solche wissenschaftlich fundierte Studie. Sie muß erstellt werden, um eine umfassende gesundheitspolitische Planung zu ermöglichen".

Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit hat die Ausarbeitung von Zukunftsprognosen auf einigen medizinischen Gebieten bereits in Auftrag gegeben.

Heinz Ockhardt

(-/wr/28.5.1971/bgy)

+ + +